



Rathaus

Umschau

Montag, 26. September 2011

Ausgabe 183

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Meldungen	3
› Infobörse für Frauen aus aller Welt: Münchner Einrichtungen und Initiativen stellen sich vor	3
› Fundbüro am 28. September geschlossen	4
› Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats	4
› Bauzentrum: Tipps zur Wahl der passenden Photovoltaikanlage	5
› Künstlergespräch in der Ausstellung „FORUM 025: SeitenWände“	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
› Worin bestünde der Bezug zur Rathausarbeit in München bei einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“, die in den Fraktionsräumen von „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ abgehalten werden sollte?	7
› Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (VII) Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	12

Terminhinweise

Wiederholung

Dienstag, 27. September, 11.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus

„München sagt Danke!“ – unter diesem Motto findet zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei ein großes Festprogramm mit über 80 Veranstaltungen statt, das Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Dr. Margarete Spohn von der Stelle für interkulturelle Arbeit und Aylin Aykan – stellvertretend für die mehr als 35 beteiligten Vereine und Institutionen – vorstellt.

Wiederholung

**Dienstag, 27. September, 11.30 Uhr,
Haus 7, Klinikum Schwabing, Kölner Platz 1**

Der erste Bauabschnitt für die psychiatrische Klinik im Herzen Schwabings beginnt. In einem Pressegespräch wird die neue Klinik und deren Leistungsspektrum vorgestellt, als Gesprächspartner stehen zur Verfügung: Jörg Hemmersbach, Geschäftsführer kbo-Isar-Amper-Klinikum, Josef Mederer, Bezirkstagspräsident Oberbayern, Bürgermeister Hep Monatzeder, Dr. Elizabeth Harrison, Vorsitzende Geschäftsführerin Städtisches Klinikum München, und Dr. Eva Greiner-Marko, Klinikleiterin Klinikum Schwabing. Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München, ist ebenfalls vor Ort. Anschließend ist eine Besichtigung des Hauses möglich.

Seit längerer Zeit ist die Regionalisierung der psychiatrischen Vollversorgung in der Landeshauptstadt München ein Thema. Die wohnortnahe und regionale Umsetzung ist Aufgabe des kbo-Isar-Amper-Klinikums, das die Aufgabe vom Bezirk Oberbayern übertragen bekommen hat. Ende des vergangenen Jahres haben sich das kbo-Isar-Amper-Klinikum und das Städtische Klinikum München über die Überlassung des Hauses 7 auf dem Gelände des Schwabinger Klinikums verständigt. Haus 7 steht nun leer und wird in den kommenden Monaten zu einer psychiatrischen Klinik mit sechs Stationen und 100 Betten umgebaut werden. Psychiatrische Patientinnen und Patienten können dann wohnortnah behandelt und betreut werden. Das Leistungsspektrum der geplanten Klinik deckt alle psychiatrischen Erkrankungen ab.



Wiederholung

Dienstag, 27. September, 13 Uhr,

Rathaus, Amtszimmer des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Christian Ude übergibt Margit Bönisch die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Silber für ihr jahrzehntelanges Engagement für die Kulturstadt München.

Wiederholung

Dienstag, 27. September, 18 Uhr,

Briefzentrum der Deutschen Post, Arnulfstraße 165

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur offiziellen Inbetriebnahme der neuen Generation von Briefverteilungsmaschinen, die in den Jahren 2010 und 2011 im Briefzentrum der Deutschen Post in München in Betrieb gingen.

Donnerstag, 29. September, 13 Uhr, Grütznerstube im Rathaus

Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Gerd Anthoff die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Gold für seine hervorragenden Leistungen als bayerischer Fernseh-, Theater- und Volksschauspieler.

Donnerstag, 29. September, 16.30 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Oberbürgermeister Christian Ude nimmt an der Podiumsdiskussion „Deutschland schafft sich neu – die multikulturelle Gesellschaft lebt“ des Caritasverbandes der Erzdiözese München und Freising e.V. zum zehnjährigen Jubiläum der Akademie der Nationen teil.

Meldungen

Infobörse für Frauen aus aller Welt: Münchner Einrichtungen und Initiativen stellen sich vor

(26.9.2011) Am Donnerstag, 29. September, findet zum zweiten Mal im Alten Rathaus von 10 bis 17 Uhr die Informationsbörse für Migrantinnen statt. Ziel der Infobörse ist es, den Migrantinnen in München eine gute Übersicht über die zahlreichen Informations- und Beratungsangebote zu geben und sie zu ermutigen, diese auch zu nutzen. Bürgermeisterin Christine Strobl: „Ich freue mich, Schirmherrin dieser für unsere multikulturelle Stadtgesellschaft wichtigen Veranstaltung zu sein.“



Die Infobörse wird organisiert vom münchner frauenforum in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle für Frauen und dem Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München. In München leben rund 1,4 Millionen Menschen, mehr als 30 Prozent davon sind Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund. Nach wie vor stehen besonders Frauen vor erheblichen Schwierigkeiten. Sie wollen und müssen Geld verdienen, gleichzeitig sind sie für die Familie zuständig. Zusätzliche Hürden sind Sprachprobleme, das Fehlen geeigneter sozialer Strukturen, kulturelle Unterschiede sowie Probleme bei der Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen. Unterstützung können hier die zahlreichen Einrichtungen und Initiativen verschiedenster Träger in München geben, die Integration und den interkulturellen Austausch fördern. Die Angebote reichen von neuen Berufsausbildungen über Gesundheitsvorsorge bis hin zu Hilfe im Notfall.

Bei der „Infobörse für Frauen aus aller Welt“ stellen sich wieder 50 dieser Einrichtungen vor. Hier können sich Migrantinnen, Mitarbeiter von Organisationen und Interessierte im persönlichen Gespräch informieren und beraten lassen. Der Eintritt ist frei.

Ein Flyer mit den teilnehmenden Einrichtungen und dem Programm kann unter www.muenchner-frauenforum.de heruntergeladen oder unter den E-Mailadressen info@muenchner-frauenforum.de und gst@muenchen.de angefordert werden. Kontakt für Rückfragen und weitere Infos: Gundel von Trentini, Telefon 29 39 68, 29 16 23 91, info@muenchnerfrauenforum.de

Fundbüro am 28. September geschlossen

(26.9.2011) Das Fundbüro in der Oetztaler Straße ist am Mittwoch, 28. September, zur Unterstützung des Wiesn-Fundbüros auf der Theresienwiese nicht geöffnet und auch telefonisch nicht zu erreichen. Für hieraus entstehende Unannehmlichkeiten bittet das Kreisverwaltungsreferat um Verständnis. Weitere Informationen zu den Öffnungszeiten sowie zu dem Serviceangebot sind im Internet unter www.muenchen.de/Rathaus/kvr/ordnung/fundbuero/index.html erhältlich.

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats

(26.9.2011) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden außerdem von 9.30 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden dritten Montag im Monat findet ab 16.30 Uhr nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 16 25 98 eine zusätzliche Rentenberatung statt.



Jeden ersten Dienstag im Monat findet nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Rechtsberatung statt.

Die beratenden Seniorenbeirats-Mitglieder im Oktober sind:

- Dienstag, 4. Oktober, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 6. Oktober, Franziska Miroschnikoff
- Montag, 10. Oktober, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 11. Oktober, Mechthilde Löffelmann
- Donnerstag, 13. Oktober, Ingrid Neumann-Micklich
- Dienstag, 18. Oktober, Waltraud Hörnchen
- Donnerstag, 20. Oktober, Gerhard Krug
- Montag, 24. Oktober, keine Rentenberatung
- Dienstag, 25. Oktober, Hildegard Egerer
- Donnerstag, 27. Oktober, Edeltraud Blattner

Bauzentrum: Tipps zur Wahl der passenden Photovoltaikanlage

(26.9.2011) Tipps zur richtigen Wahl der Photovoltaikanlage für das Eigenheim gibt Hartmut Will von der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) am Donnerstag, 29. September, ab 18 Uhr bei einem kostenlosen Vortrag im Bauzentrum München. Für den optimalen energetischen und finanziellen Ertrag ist bei der Planung und beim Einkauf das Wissen über die wesentlichen Qualitätsmerkmale erforderlich. Der Vortrag nennt firmen- und produktneutral die technischen Einzelheiten, die den guten Ertrag bestimmen. Er vermittelt die Grundlagen zur richtigen Produktauswahl und hilft, Fehler zu vermeiden.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, Telefon 2 33-4 75 09, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Künstlergespräch in der Ausstellung „FORUM 025: SeitenWände“

(26.9.2011) In vier aufeinander folgenden Ausstellungen im Münchner Stadtmuseum setzen sich die jeweiligen Künstlerinnen und Künstler mit der Kombination von Fotografien im Buch und im Ausstellungsraum auseinander. Die Künstlerinnen der ersten Ausstellung – Karin Jobst, Sabine Keller, Nadine Otto und Hyeyeon Park – sprechen am Donnerstag, 29. September, um 15 Uhr in der Ausstellung „FORUM 025: SeitenWände“ über ihre Arbeit. Treffpunkt ist in der Ausstellung im 1. Stock im



Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Das Künstlergespräch ist ein offenes Forum für Fragen und Meinungen interessierter Besucher und für den Austausch mit den Künstlern und den Kuratoren. Jeder ist willkommen und kann die Gelegenheit nutzen, die Arbeiten und die Künstler persönlich kennenzulernen.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 26. September 2011

Worin bestünde der Bezug zur Rathausarbeit in München bei einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“, die in den Fraktionsräumen von „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ abgehalten werden sollte?

Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP) vom 2.9.2011

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 02.09.2011 nehme ich Bezug;

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

Am Freitag, den 02.09.2011, sollte in den Räumen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste“ eine Pressekonferenz zum Thema „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf (IUK)“ und der Freundinnenkreis Andrea Wolf München“ stattfinden. Herr Stadtrat Benker als Fraktionsvorsitzender wollte die Teilnehmer begrüßen. Die Pressekonferenz fand letztlich in den Räumen der Partei der Grünen statt. Herr Stadtrat Benker beharrt dennoch auf seinem Recht als Fraktionsvorsitzender, eine solche Pressekonferenz in den Fraktionsräumen zu veranstalten.

Frage:

Vereinbart sich das Abhalten einer Pressekonferenz „Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf“ oder eine andere allgemeinpolitische Veranstaltung in Fraktionsräumen mit dem Beschluss der Vollversammlung vom 02.07.2008 über die Nutzung von Räumen im Rathaus durch die Fraktionen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 00488)?

Antwort:

Eine nach dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 02.07.2008 zulässige Nutzung von Räumen im Rathaus durch Fraktionen, Gruppierungen und Ausschussgemeinschaften setzt voraus, dass (1) die Fraktion einlädt, (2) Fraktionsmitglieder daran teilnehmen, (3) das Thema der Veranstaltung innerhalb der kommunalen Zuständigkeit liegt, (4) nur ein überschaubarer Personenkreis persönlich eingeladen ist und (5) jede Störung des Dienstbetriebs im Rathaus ausgeschlossen werden kann. Alle Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen.



Im vorliegenden Fall ist für das Thema der Pressekonferenz ein kommunaler Bezug nicht erkennbar. Nach entsprechendem Hinweis auf die o.g. Kriterien aus dem Stadtratsbeschluss durch das Direktorium hat Herr Stadtrat Benker den Ort der Pressekonferenz verlegt.



Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (VII)
Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.8.2011

Antwort Sozialreferat:

Ihrer Schriftlichen Anfrage schicken Sie folgende Bemerkung voraus:
„Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ berichtete dieser Tage über aktuelle Kapazitätsprobleme des städtischen Amts für ‚Wohnen und Migration‘ bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Notunterkünften und Pensionen. Hier stellen sich weitere Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 18.08.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Der fragliche SZ-Artikel unter dem Titel „Herbergssuche im Umland“ (SZ,06.08.2011) gibt die Zahl der in Notquartieren und Pensionen untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber mit Stand vom Mai 2011 mit 1.990 Personen an. Wie entwickelte sich diese Zahl in den letzten Jahren (ein Stichdatum pro Jahr genügt)? Wie hoch ist die Zahl aktuell?

Antwort:

Für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ist der Freistaat Bayern zuständig. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind deshalb in der Wohnungslosenstatistik nicht erfasst.

Frage 2:

*Die SZ referiert über die Kosten der Unterbringung: „Außerdem ist die Notunterbringung teuer: Ein Bettplatz kostet die Stadt 10.058 Euro pro Jahr.“ (Quelle: ebd.)
Inwieweit kann die Stadt diese Zahl bestätigen? Wie entwickelten sich die Kosten für einen durchschnittlichen Bettplatz in angemieteten Pensionen in den letzten Jahren?*

Antwort:

Die zitierte Zahl bezieht sich auf einen Platz in einem städtischen Notquartier (SAP-Auswertung 2010). Die Kosten für einen Pensionsplatz (ein-

schließlich Betreuung und Kontraktmanagement) betragen 6.390,00 Euro jährlich (Kostenberechnung 2009). Die Kosten für einen Pensionsplatz sind die letzten Jahre nahezu konstant geblieben.

Frage 3:

Die SZ referiert des Weiteren über ein Projekt, in dessen Rahmen ab September Sozialpädagogen „die großen Familien bei der Wohnungssuche an der Hand nehmen“, aber auch „Wohnungen in der ‚gesamten Planungsregion und in Einzelfällen auch darüber hinaus akquirieren‘ sollen“ (ebd.) Die Kosten des Projekts, das bis 2013 laufen soll, werden auf „knapp 115.000 Euro jährlich“ beziffert. Inwieweit handelt es sich bei dem Projekt um eine Fortführung des bisherigen städtischen „KomPro“-Wohnprogramms?

Antwort:

Es handelt sich bei dieser Maßnahme nicht um eine Fortführung des kommunalen Wohnbauprogramms, sondern um eine zusätzliche erforderliche Maßnahme.

Frage 4:

Welche Überlegungen leiten die Stadt bei ihrem Bestreben, Flüchtlinge und Asylbewerber aktiv und mit erheblichem Aufwand in Wohnungen weiterzuvermitteln – dies vor dem Hintergrund gefragt, dass die Gesetzeslage im Freistaat nach wie vor bislang übliche Containerunterkünfte als Unterbringungsmöglichkeit vorsieht (und dass erschwinglicher Wohnraum auch für einheimische Sozialschwache knapp ist!)?

Antwort:

Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, ist die Landeshauptstadt München für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern nicht zuständig. Diese Weitervermittlung in Wohnungen zielt deshalb auch nicht auf diesen Personenkreis ab. Für bleibeberechtigte Flüchtlinge ist die Landeshauptstadt München jedoch als Wohnungslosenbehörde (Art. 57 GO i.V.m Art 6 und 7 LStVG) zunächst für eine Unterbringung zuständig. Die sicherheitsrechtliche Sofortunterbringung ist nur eine möglichst kurz zu haltende Notmaßnahme, deren Beendigung nach dem Grundsatz „Wohnen statt Unterbringen“ sozialpolitisch und wirtschaftlich geboten ist. Da Wohnraum, vor allem für große Familien, in der Landeshauptstadt München knapp und teuer ist, soll die Wohnungssuche auf die Planungsregion München (<http://www.region-muenchen.com>) erweitert werden. Dieses Vorgehen entspricht auch der Gesetzeslage im Freistaat Bayern und der einschlägigen Rechtsprechung.

Frage 5:

Mit welchen Kosten für welche Belegungszahlen schlugen in der Vergangenheit Containerunterkünfte zu Buche? Wie setzen sich diese Kosten zusammen (Kosten pro Einheit, Strom, Wasser etc.)?

Antwort:

Da seit geraumer Zeit keine Containerunterkünfte mehr betrieben werden, kann keine SAP- Auswertung erfolgen. Eine manuelle Auswertung ist im Rahmen einer Stadtratsanfrage aufgrund des unverhältnismäßigen Aufwandes nicht möglich und auch nicht notwendig.

Frage 6:

Inwieweit fasst die Stadt mit Blick auf klamme Kassen die Möglichkeit ins Auge, Flüchtlinge und Asylbewerber auch künftig wieder verstärkt in Containerunterkünften unterzubringen?

Antwort:

Gerade aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist eine Vermittlung in eine Wohnung als günstigste Form der Unterbringung dringend geboten. Eine Unterbringung in einem Containerstandort ist die wirtschaftlich schlechteste Form der Unterbringung und ist nur im Notfall gerechtfertigt.

Frage 7:

Welche „Planungsregion“ legt die Stadt bei Ihrer Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zugrunde, und was ist „darüber hinaus“ (s. Frage 3)?

Antwort:

Mit „Planungsregion“ ist das Gebiet des Regionalen Planungsverbandes München (RPV) gemeint. Die Wohnungssuche wird nicht von der Landeshauptstadt München durchgeführt, sondern von den betroffenen Haushalten, mit Unterstützung einer freien Trägerin oder eines freien Trägers. Mit „darüber hinaus“ ist im Einzelfall ganz Bayern bzw. das Bundesgebiet gemeint.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 26. September 2011

Inanspruchnahme Bildung – und Teilhabepaket in München?

Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Radverkehr zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße „Pilotprojekt auf der Rosenheimer Straße“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
26.09.11

Inanspruchnahme Bildung – und Teilhabepaket in München?

Nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages nahmen im Juni nur 27 % der Begünstigten die Leistungen des Bildung – und Teilhabepakets in Anspruch. Im September stieg die Zahl auf immerhin 36 %. Begehrteste Leistungen waren Klassenreisen und Mittagessen.

München hat im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten einen relativ geringen Anteil an Leistungsempfängern in den Bereichen von SGB II, SGB XII und Wohngeld und einen hohen Finanzierungsanteil durch den Bund angesichts der Tatsache, dass sich die anteiligen Zahlungen des Bundes analog den für Kosten der Unterkunft bemessen. Wegen dieser positiven Rahmenbedingungen sollte die Anzahl der Leistungsempfänger aus dem Bildungspaket in München höher als im Bundesdurchschnitt sein.

In einem Brandbrief an die Geschäftsleitung der Jobcenter und an das Sozialreferat beschreiben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort untragbare Zustände. Die aktuelle Fallzahlbelastung pro Vollzeitsachbearbeiter soll zwischen 135 und 140 Bedarfsgemeinschaften liegen. Hauptursache ist, dass seitens der Bundesagentur eine zu geringe Anzahl an Fachkräften eingesetzt wird. Hinzu kommt eine unzureichende EDV – Ausstattung. Mitarbeiter der Jobcenter sehen den sozialen Frieden Münchens gefährdet und einige beklagen stressbedingte Ausfallerscheinungen. Dass die völlig überlasteten Jobcenter nur schwer Anreize bieten können für die Inanspruchnahme des Bildungspakets liegt auf der Hand.

Verständlich auch, dass dann im Leistungsbereich nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden. Versteht jemand, dass Kosten für Mittagessen nur dann übernommen werden, wenn die Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung angeboten wird ? Ein vollwertiges warmes Mittagessen über einen Kiosk in der Schule wird im Rahmen des Bildung – und Teilhabepakets abgelehnt. Die Kosten für Nachhilfestunden im Einzelunterricht werden auf 20 € pro Schulstunde und Gruppenunterricht auf 10 € pro Stunde gedeckelt. Bekannt ist jedoch, dass qualifizierte Nachhilfe heute unter einem Stundensatz von 40 € nicht verfügbar ist. Die Liste könnte fortgesetzt werden.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

1. Wie hoch ist der Anteil der Begünstigten in München, welche die Leistungen des Bildung – und Teilhabepakets in Anspruch nehmen?
2. Wie ist der Anteil in München vor dem Hintergrund des vom Deutschen Städtetag ermittelten durchschnittlichen Anteils von 36 % zu bewerten?
3. Welches ist die rechtliche Grundlage für die Deckelung der Kostenübernahme für Einzel – und Gruppennachhilfe?
4. Welches ist die rechtliche Grundlage für die Nichtübernahme von Kosten für Mittagessen, wenn die Zubereitung der Mahlzeiten nicht in Verantwortung der Schulträger erfolgt?
5. Wie bewertet die Stadtspitze den Hinweis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass derzeit angesichts des eklatanten Personalmangels in den Jobcentern der soziale Frieden in München gefährdet sein könnte? Welcher Stellenwert wird der Kooperationsvereinbarung mit der Bundesagentur beigemessen unter dem Gesichtspunkt, dass die vereinbarte Personalbesetzung seitens der Bundesagentur bei weitem unterschritten wurde?

Marian Offman, Stadtrat



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

26.09.2011

Antrag Nr.:
Radverkehr zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße
„Pilotprojekt auf der Rosenheimer Straße“

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten, eine verkehrliche Umgestaltung mit Pilotcharakter in der Rosenheimer Straße im Abschnitt zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße wie folgt zu prüfen:

1. Von den bestehenden vier Fahrspuren wird eine zugunsten der Einrichtung zweier Radspuren aufgegeben.
2. Stadteinwärts und stadtauswärts ist jeweils eine feste Fahrspur einzurichten.
3. Die verbleibende dritte mittlere Fahrspur wird zur flexiblen Benutzung nach Vorbild anderer deutscher Städte (z.B. Heidelberg) bzw. Standspurenbenutzung auf Autobahnen (wie etwa A 8 Richtung Salzburg) freigegeben. Die Regelung der Benutzung erfolgt über ein Verkehrsleitsystem nach Vorbild der Standspurenfreigabe für fließenden Verkehr auf Autobahnen („Grüner Pfeil“ = Freigabe, „Rotes Kreuz“ = Sperrung).

Begründung:

Um auch künftig das Ziel zu erreichen, den Radverkehr in der Stadt zu fördern, ohne den Autoverkehr zu stark einzuschränken, müssen innovative Konzepte, die bereits in anderen deutschen Städten Anwendung finden, auch in München getestet werden. Hierzu bietet sich die Rosenheimer Straße in besonderem Maße an.

Der Radverkehr muss in dieser Straße besser integriert werden, da es nach unseren Beobachtungen illusorisch erscheint, die Radfahrer auf die Balanstraße zu verweisen. Diese (sichere) Route wird leider faktisch immer weniger angenommen.

Andererseits muss dem Autoverkehr in dieser wichtigen Zubringerstraße in die Innenstadt Rechnung getragen werden. Da die Belastung zu den beiden verkehrsträchtigen Zeiten am Morgen einerseits und am späten Nachmittag andererseits unterschiedlich ausfällt, kann entsprechend der Pendlerströme die mittlere Fahrspur als zusätzliche Spur hinzugezogen werden. Die Kennzeichnung über die Möglichkeit der Benutzung kann nach Vorbild an Autobahnen über jeweils eine „Brücke“ zu Beginn und zum Ende sowie jeweils in Höhe nach Kreuzungseinfahrt auf die Rosenheimer Straße elektronisch angezeigt werden.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat